



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Florian von Brunn, Klaus Adelt, Harry Scheuenstuhl, Herbert Woerlein, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Dr. Simone Strohmayer, Margit Wild** und **Fraktion (SPD)**

Europaweiter Salmonellenausbruch durch Bayern-Ei: Endlich Klarheit durch unabhängige Überprüfung des Behördenhandelns

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, so schnell wie möglich einen unabhängigen und allgemein anerkannten Ermittler – möglichst mit epidemiologischem und lebensmittelrechtlichem Sachverstand – zu bestellen, der das Handeln der verantwortlichen bayerischen Behörden im Zusammenhang mit dem Salmonellenausbruch 2014 („Bayern-Ei-Skandal“) fachlich überprüft und beurteilt, und seine Ergebnisse in einem öffentlichen Bericht darlegt.

Der Ermittler muss vollständige Akteneinsicht erhalten und selbständig Interviews mit allen Beteiligten führen dürfen. Dafür ist er mit allen notwendigen Mitteln und fachlichen Voraussetzungen auszustatten.

Begründung:

Im Gegensatz zu den bisherigen Behauptungen der Staatsregierung geht die Staatsanwaltschaft Regensburg in ihrer Anklage gegen den Inhaber und ehemaligen Geschäftsführer Stefan Pohlmann von 86 Salmonellen-Erkrankungen 2014 allein in Deutschland aus, die auf die von ihm vormals geführte Firma Bayern-Ei zurückzuführen sind. Dies hieße aber, dass nicht nur die mehrfach getätigten Äußerungen der derzeitigen Staatsministerin Ulrike Scharf und verantwortlicher Behördenleiter falsch sind, es habe zu keinem Zeitpunkt Gefahr für die (bayerische) Bevölkerung bestanden. Es legt auch den Verdacht nahe, dass im Gegensatz zu den Behauptungen von Staatsministerin Ulrike Scharf und anderen Verantwortlichen doch Salmonellen-verseuchte Eier in größerem Umfang in den Handel gelangt sind. Das deckt sich mit den aktuellen Rechercheergebnissen von Medien, dass über Zwischenhändler vertriebene Eier der Firma Bayern-Ei im Sommer 2014 von den zuständigen Behörden nicht oder nicht annähernd vollständig zurückgerufen wurden.

Außerdem muss dringend aufgeklärt werden, warum es in Frankreich und Österreich gelungen ist, eine Verbindung der Salmonellenerkrankungen während des Ausbruchs zu der Firma Bayern-Ei herzustellen, aber nicht im Ursprungsland Bayern, das nach Darstellung der Staatsregierung in Deutschland angeblich vorbildlich im gesundheitlichen Verbraucherschutz ist. Das verwundert umso mehr, als das es im Zeitraum des europaweiten Ausbruchsgeschehens auch mindestens 75 Erkrankungen genau des gleichen Salmonellentyps in Bayern gab, der auch in Frankreich und Österreich für den Ausbruch verantwortlich war, und der in Deutschland sonst nur selten auftritt.

Diese Zusammenhänge wurden weder vom Obersten Rechnungshof in seinem Gutachten 2016 untersucht noch kann die Staatsanwaltschaft Regensburg dies aufgabenbedingt leisten.